



HESSISCHER LANDTAG

07. 05. 2008

*Dem
Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum
und Verbraucherschutz überwiesen*

**Antrag
der Fraktionen der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend eine neue Energie- und Klimaschutzpolitik in Hessen
jetzt einleiten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest: Die Entwicklung des Klimas, die laufende weltweite Verknappung der konventionellen Energierohstoffe und die damit verbundenen anhaltenden Preissteigerungen, die Gefährdung der Versorgungssicherheit, die Gesundheitsgefahren durch Emissionen sowie die bleibenden Großrisiken der Atomenergienutzung erfordern eine zügig einzuleitende und breit angelegte Umorientierung auf erneuerbare Energien und auf energiesparende und effiziente Energienutzungsformen.
2. Der Landtag stellt fest, dass das Bundesland Hessen trotz seiner hervorragenden wissenschaftlich-technischen und industriellen Voraussetzungen und einer starken Motivation seiner Bürgerinnen und Bürger sowie seiner Unternehmen in der Förderung erneuerbarer Energien (Windkraft, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie) einen großen Nachholbedarf hat. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung liegt bei nur einem Drittel des Bundesdurchschnitts. Dies liegt in den von der Landesregierung zu verantwortenden willkürlichen administrativen Blockaden beim Ausbau erneuerbarer Energien und an der bisherigen einseitigen landespolitischen Ausrichtung an den Strukturen und Unternehmen der herkömmlichen Energieversorgung begründet. Dieser Nachholbedarf ist nur durch konkrete Taten und nicht durch folgenlose Ankündigungen aufholbar. Insbesondere die anhaltenden Blockaden der Landesregierung gegenüber der Windkraft machen es unmöglich, auch nur die offiziellen EU-Ziele beim Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung bis 2020 zu erfüllen.
3. Der Landtag spricht sich deshalb für eine Energiepolitik in Hessen aus, die den Vorrang von Energieeinsparung, effizienter Nutzung von Energie sowie die Nutzung erneuerbarer Energien in den Vordergrund rückt und den Ausstieg aus der Kohle- und Atomwirtschaft forciert.
4. Der Landtag wird die Blockade des Ausbaus der erneuerbaren Energien in Hessen beenden und sich für den dringend erforderlichen Umbau der Energieversorgung mit all den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, als ersten Schritt die energiepolitisch relevanten Teile der derzeit in den Regionalversammlungen in der Beratung befindlichen Regionalplanentwürfe wegen der unzureichenden Berücksichtigung erneuerbarer Energien zurückzuziehen und für eine zweite Offenlegung zu überarbeiten. Die Entwürfe mit den Änderungen sind den Kommunen so bald als möglich zuzuleiten.

6. Der Landtag spricht sich gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke am Standort Staudinger in Großkrotzenburg sowie auf der Ingelheimer Aue in Mainz aus, da sie den Klimaschutz- und Luftreinhalteinteressen des Landes Hessen und einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung widersprechen.
7. Der Landtag spricht sich für die Erstellung einer Gesamtbelastungsstudie für die Rhein-Main-Region aus. Alle Projekte müssen unter dem Aspekt einer Gesamtbelastung (Emission von Schadstoffen, Feinstäube, Versiegelung und Zerschneidung von Landschaften, Lärmbelastungen) betrachtet werden.
8. Der Landtag lehnt eine Laufzeitverlängerung für die Blöcke A und B des Atomkraftwerks Biblis ab und setzt sich für eine baldige Abschaltung ein.
9. Der Landtag fordert die geschäftsführende Landesregierung auf, dem Beispiel der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu folgen und sich dafür einzusetzen, dass die Ergebnisse der periodischen Sicherheitsüberprüfung der hessischen Atomreaktoren endlich veröffentlicht werden.

Wiesbaden, 7. Mai 2008

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir